

Jahresbericht 2012 zur Umsetzung der Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung 2012 - 2015

Die Bemühungen der Eidgenossenschaft für eine minenfreie Welt wurden im Berichtsjahr mit zahlreichen Engagements – auf operationeller wie politischer Ebene – weitergeführt. Dies gemäss den Vorgaben des Dokumentes **Humanitäre Minenräumung: Strategie des Bundes 2012-2015**¹, das in enger Zusammenarbeit von Eidgenössischem Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) und Eidgenössischem Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) und in Konsultation mit externen Partnern erstellt wurde.

1. Überblick

Personenminen, Streumunition und andere Kriegsmunitionsrückstände verstümmeln und töten jährlich tausende von Menschen und generieren hohe wirtschaftliche und soziale Kosten. Auch wenn die Anzahl von über 10'000 Opfer pro Jahr weltweit in den letzten zehn Jahren um rund einen Drittel zurückgegangen ist, bleibt es eine vordringliche Aufgabe, neue Opfer zu verhindern und der betroffenen Bevölkerung in medizinischer Hinsicht wie in der sozio-ökonomischen Entwicklung beizustehen.

Das Engagement der Schweiz stützt sich auf verschiedene völkerrechtliche Instrumente, so etwa auf das Übereinkommen über das Verbot von Personenminen („Ottawa-Konvention“), die UNO-Konvention über gewisse konventionelle Waffen (CCW), sowie das Übereinkommen zum Verbot der Streumunition (CCM), welches die Schweiz 2012 ratifiziert hat und das am 1. Januar 2013 für unser Land in Kraft getreten ist.

Insgesamt hat die Eidgenossenschaft 2012 **17.25 Millionen Franken** für ihr politisches und operationelles Engagement im Rahmen der Umsetzung der Strategie des Bundes in der humanitären Minenräumung eingesetzt, was gegenüber 2011 wiederum eine leichte Steigerung bedeutet.

1.1 Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Das EDA beteiligte sich im Berichtsjahr an den Aktivitäten gemäss der bestehenden Strategie mit rund 14.8 Millionen Franken. Dieser Betrag beinhaltet insbesondere die Finanzierung von konkreten Projekten für die Entminung von betroffenen Regionen, sowie für Aktivitäten im Bereich der Anwaltschaft, der Sensibilisierung für die Gefahren von Minen und Streumunition sowie Opferhilfe. Ausserdem koordinierte das EDA die

¹ Siehe auch: [Minenstrategie 2012-2015](#)

entsprechenden politische Aktivitäten, so zum Beispiel die verschiedenen schweizerischen Beiträge an der 12. Vertragsstaatenkonferenz der Personenminenkonvention („Ottawa-Konvention“) im Dezember 2012 in Genf, die im Beisein von Herrn **Bundesrat Didier Burkhalter** eröffnet werden konnte. Die Schweiz hat zudem für diese Konferenz wiederum den Generalsekretär gestellt.

Im Weiteren hat sich die Schweiz im Rahmen der Streumunitionskonvention proaktiv für die Etablierung einer Umsetzungseinheit (Implementation Support Unit, ISU) in Genf eingesetzt. Dieses zukünftige Sekretariat ist für die Unterstützung der Vertragsstaaten, insbesondere der von Streumunition betroffenen Ländern, sehr wichtig. Ein Entscheid scheiterte vorerst jedoch noch an Finanzierungsfragen und musste auf das nächste Treffen der Vertragsstaaten vertagt werden.

Konkrete Projekte wurden in folgenden Länder unterstützt: Bosnien und Herzegowina, Burundi, Kolumbien, Kosovo, Laos, Libanon, Libyen, Mozambique, Myanmar, Niger, Senegal, Somalia/Somaliland, Süd-Sudan und Tschad.

Zudem leistete das EDA wichtige Beiträge an die Nichtregierungsorganisation wie zum Beispiel an Appel de Genève / Geneva Call, die sich dafür einsetzt, dass auch nichtstaatliche bewaffnete Gruppen sich an ein Verbot von Personenminen und Streumunition halten. Dies ist für den Schutz der Zivilbevölkerung in von diesen Gruppen kontrollierten Gebieten entscheidend. Oder es wurde das Gender and Mine Action Programme (GMAP) unterstützt, eine Organisation, die sich dafür einsetzt, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen, Männern, Knaben und Mädchen in den Minenprogrammen angemessen berücksichtigt werden.

Das EDA unterstützte auch 2012 namhaft die Aktivitäten des Genfer Zentrums für Humanitäre Minenräumung (Geneva International Center for Humanitarian Demining, GICHD) mit einem Gesamtbetrag von rund 9 Millionen Franken. Darin eingeschlossen sind Beiträge für das vom GICHD beherbergte Sekretariat der Ottawa-Konvention (Implementation Support Unit ISU), welches auf Antrag der Vertragsstaaten 2001 geschaffen wurde. Die ISU bietet den Vertragsstaaten professionelle Beratung, Unterstützung und Informationen zu allen politischen und rechtlichen Aspekten zur Umsetzung der Konvention.

1.2 Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Im Berichtsjahr leistete die Armee mit durchschnittlich zwölf Armeeangehörigen Beiträge in UNO-Minenräumprogrammen, was einem Aufwand von über 2.3 Mio. Franken entspricht. Im Vergleich zum vergangenen Jahr konnten damit wiederum mehr Mannjahre erbracht werden.

Konkret ging es bei den Einsätzen darum, vor Ort einheimische Kapazitäten aufzubauen und Personal für die Räumarbeit auszubilden. Konsequenterweise dem Ansatz

des "capacity building" folgend, umfasste dies auch den Aufbau von entsprechenden Management- und Führungsstrukturen.

Im Berichtsjahr kamen teils Milizangehörige und teils militärisches Berufspersonal des Kompetenzzentrums Kampfmittelbeseitigung und Minenräumung der Schweizer Armee in Programmen in der Demokratischen Republik Kongo, in Laos, Somalia / Somaliland / Puntland, Süd-Sudan, der Westsahara und im Hauptquartier der UNO in New York zum Einsatz. Dabei nahmen sie Funktionen im Logistik- und Finanzbereich sowie in der Administration und im Informationsmanagement (IMSMA) wahr.

Speziell hervorzuheben gilt, dass das mehrjährige Engagement der Schweizer Armee in Laos Ende Februar 2012 beendet wurde. Die geschaffenen Strukturen und Prozesse erlaubten es in Übereinstimmung mit der UNO und den laotischen Behörden, die Verantwortung in den Bereichen Informationsmanagement, Finanzen/Policy sowie Qualitätsmanagement den lokalen Behörden zu übergeben.



Kapazitätsaufbau im Bereich Qualitätsmanagement durch Schweizer Experten im Rahmen der Humanitären Minenräumung in der Demokratischen Republik Kongo, wo 2012 eine Factfinding Mission durchgeführt wurde, die die Wirkung des Schweizer Engagements bestätigte.

Im Rahmen von gezieltem Kapazitätsaufbau führten Experten des Komp Zen ABC-KAMIR zwischen August 2011 und März 2012 zwei Ausbildungssequenzen für EOD-Spezialisten in Somaliland durch. Ziel war es, die Experten vor Ort so auszubilden, dass sie für ihre Arbeit durch eine dritte Organisation, die von der UN bestimmt wird, akkreditiert werden können. Als Fazit kann festgehalten werden, dass diese punktuelle Unterstützung vor Ort ("train the trainers") grundsätzlich positiv zu werten ist und die Ausbildungssequenz bedarfsgerecht erteilt wurde.



Experte des Komp Zen ABC-KAMIR bei der Ausbildung der somaliländischen EOD-Spezialisten.

Zudem wurden von der Armee spezielle, in der Schweiz entwickelte, Räumsysteme (sogenannte „SM-EOD-Systeme“) einem ausgewählten UN-Minenräumprogramm zur Verfügung gestellt. Diese Systeme erlauben es, Blindgänger, Minen und andere explosive Kriegsmunitionsrückstände berührungsfrei zu vernichten. Das VBS stellt dabei mittels Monitoring sicher, dass diese SM-EOD-Systeme sinnvoll und sachgerecht eingesetzt werden. Im Berichtsjahr wurden Systeme im Gegenwert von 15'000 Franken zur Verfügung gestellt.

2. Humanitäre Minenräumung: Strategie des Bundes 2012-2015

Die Schweiz hat einen gewichtigen Anteil an der Erfolgsgeschichte der Ottawa-Konvention und gedenkt in Zukunft auch im Rahmen der Streumunitionskonvention eine aktive Rolle einzunehmen und politische Führung zu zeigen. Die Schweiz hat genuine Interessen im Sinne der humanitären Tradition und zur Stärkung unseres Profils in der menschlichen Sicherheit, der Entwicklungszusammenarbeit und der zivilen wie militärischen Friedensförderung. Die Schweiz hat ebensolche Interessen als Gaststaat wichtiger Institutionen im Abrüstungsbereich in Genf. Zusammen mit dem GICHD soll Genf den Stellenwert als Kompetenzzentrum erhalten und ausbauen können.

Konkret hat sich die Schweiz mit der neuen Minenstrategie **sechs Handlungsprinzipien** gegeben, die für die Aktivitäten im Rahmen der Strategie gelten sollen:

- Das nationale Engagement im Rahmen der relevanten internationalen Konventionen respektive die Bemühungen diese zu ratifizieren sowie die



effiziente nationale Koordination sind wichtige Kriterien für Beiträge der Schweiz (seien dies Finanzbeiträge oder Personal/Material des VBS).

- Das Umfeld und das Design der Projekte der Humanitären Minenräumung sind wichtig. Das heisst, dass humanitäre und sozio-ökonomische Bedürfnisse primär berücksichtigt werden, einen „do-no-harm“ Ansatz benutzt wird und Kriterien wie die Einhaltung von Menschenrechten und die Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in Entscheidung und Durchführung von Projekten Rechnung getragen wird.
- Lokale Bedingungen und Prioritäten sind entscheidend. Die Komponenten Kapazitätsaufbau und Hilfe zur Selbsthilfe sowie die Unterstützung von Kooperationen zwischen betroffenen Ländern (Süd-Süd-Austausch) werden speziell berücksichtigt.
- Die Schweiz konzentriert sich in der Humanitären Minenräumung auf Länder, in denen – wie oben erläutert – Synergien mit der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe oder der Friedensförderung möglich sind. Nach Möglichkeit und wenn das Bedürfnis besteht, bleibt die Schweiz in diesen Ländern aktiv bis die Verpflichtungen aus den relevanten Konventionen erfüllt sind.
- Die Schweiz berücksichtigt speziell die Aspekte des Gender Mainstreaming und beurteilt die Projekte entsprechend, dies auch im Rahmen des Nationalen Aktionsplans zu Resolution 1325 betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit, an dem VBS und EDA beteiligt sind.
- Es werden sowohl bilaterale wie multilaterale Instrumente zur Förderung der Humanitären Minenräumung benutzt und die relevanten Aktionspläne der Überprüfungskonferenzen der Konventionen berücksichtigt.

Um möglichst effizient und wirkungsvoll zur Umsetzung der Vision einer Welt ohne neue Opfer von Personenminen, Streumunition und explosiven Kriegsmaterialrückständen beizutragen, hat sich die Schweiz **vier strategische Ziele** für die nächsten vier Jahre gesetzt:

- Die Schweiz trägt proaktiv zur Stärkung, Umsetzung und Universalisierung der relevanten internationalen Instrumente bei; dies betrifft insbesondere die Ottawa-Konvention, aber auch die CCW und die Streumunitionskonvention, sobald diese vom Parlament ratifiziert ist;
- Die Schweiz setzt sich für die Verbesserung der Lebensumstände der von Minen, Streumunition und Kriegsmaterialrückständen betroffenen Bevölkerung ein;



- Die Schweiz verstärkt die Integration und die Synergien der Humanitären Minenräumung mit anderen Politikbereichen. Zudem werden Monitoring und Evaluationsinstrumente entwickelt, um die Wirkung der Aktivitäten besser sichtbar machen zu können;
- Die Schweiz trägt im Einklang mit den nationalen Interessen proaktiv zur Entwicklung von neuen Instrumenten, Politiken und Aktivitäten bei, um neuen Herausforderungen Rechnung zu tragen.
- Die Strategie sieht auch vor, die gut funktionierenden Koordinationsmechanismen von EDA und VBS weiterzuführen.

3. Bilanz und Schlussfolgerung

Es wurden 2012 namhafte Fortschritte in der Erreichung der in der Strategie des Bundes für humanitären Minenräumung 2012 - 2015 festgelegten Ziele gemacht. Dabei sind folgende Punkte besonders hervorzuheben:

- Die Schweiz hat im Rahmen ihrer politischen Bemühungen zum Erfolg der 12. Vertragsstaatenkonferenz in Genf im November 2012 beigetragen. Die Schweiz hat sich weiterhin als engagierter und zuverlässiger Partner im Kampf für eine minenfreie Welt erwiesen.
- Die Schweiz setzt sich weiterhin proaktiv für eine Umsetzungseinheit für die Streumunitionskonvention in Genf ein und stärkt damit den Standort Genf als Kompetenzzentrum für Abrüstungsfragen. Die erfolgte Ratifikation des Übereinkommens durch die Schweiz erlaubt es, eine konstruktive Rolle im Rahmen dieses Instruments einzunehmen und nach Möglichkeit von Streumunition betroffene Länder zu unterstützen.
- Mit finanziellen und materiellen Beiträgen sowie der Entsendung von militärischen wie zivilen Experten konnte die humanitäre Minenräumung und Kampfmittelbeseitigung vor Ort weiter unterstützt werden. Die Ansätze des Wissenstransfers und der «Hilfe zur Selbsthilfe» wurden dabei konsequent weiterverfolgt. Die Schweiz engagiert sich fokussiert und koordiniert in Schwerpunktländern der Entwicklungszusammenarbeit und/oder der Friedensförderung und erhöht damit die Wirksamkeit der Beiträge.
- Mit der finanziellen und politischen Unterstützung des Internationalen Zentrums für humanitäre Minenräumung in Genf (GICHD) leistet die Schweiz einen namhaften Beitrag an die Bestrebungen, die humanitäre Minenräumung schneller, billiger, sicherer und wirkungsvoller durchführen zu können.
- Für 2013 gilt es unter anderem, wie in der Strategie postuliert, die Monitoring und Evaluationsinstrumente für die Aktivitäten der Schweiz weiter zu verfeinern.